

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 10/45. Jahrgang

Oktober 2014

Schutzgebühr: 0,40 €

## LaGa: Fiasko nicht mehr zu verheimlichen

Wenige Tage vor Ende der Landesgartenschau läßt sich das Fiasko nicht mehr verheimlichen. Die großspurig angepeilte Besucherzahl von 700.000 wird weit verfehlt. Falls die 500.000-Marke noch überschritten werden sollte, macht sich das nur optisch besser mit einer „5“ davor. Finanziell ist die Katastrophe da. Bürgermeisterin Weigel-Greulich jedoch steckt den Kopf in den Sand und behauptet tatsächlich, es gebe dadurch kein höheres Defizit. Soll uns denn weisgemacht werden, daß die Stadt einen Riesengewinn gemacht hätte, wenn die vorausgesagten 700.000 Besucher gekommen wären? Wenn – wie sie sagt – es auf 100.000 mehr oder weniger nicht an-



Die Stunde der Wahrheit?

komme, zeugt das von einer bodenlosen Verantwortungslosigkeit und Ignoranz.

Dabei hat es an warnenden Stimmen wahrlich nicht gefehlt:

Als im Mai 2008 das Betriebsdefizit – bei 700.000 Besuchern – auf 2,6 Mio. Euro beziffert wurde, warnte der damalige Stadtkämmerer Kölb (CDU) vor „ungeahnten Haushaltsrisiken“ und der

Direktor der Herderschule vor einem „Schuldbürgerstreik“. Im Sommer 2009 beantragte Michael Beltz im Stadtparlament, die LaGa abzusa-gen. Alles vergeblich.

Seit 2010 meldeten auch Naturschutzverbände wie Nabu und BUND schwerste Bedenken an, und der Dipl.-



aus: "Eulenspiegel". Das Satiremagazin

Biologe Dietmar Jürgens, der seit Jahren akribisch die Vogelwelt in der Wieseckau kartiert, wandte sich mit einem Offenen Brief an die Stadtverordneten. Im Sitzungssaal demonstrierten LaGa-Gegner mit dem Transparent „Sozialabbau durch Landesgartenschau“ (s. Foto) . - Als im August die „Landesgartenschau Gießen GmbH“ gegründet wurde, schloß sie einen Mißerfolg kategorisch aus und übernahm die „volle Verantwortung“ - bei einer GmbH ein Witz.

Der darauf folgende Antrag, daß die  
(Fortsetzung auf Seite 3)

## Otto-Eger-Heim wird doch umbenannt

Noch Ende letzten Jahres hatten Stadt und Uni sich beharrlich geweigert, das Otto-Eger-Heim umzubenennen, wie es seit Jahrzehnten von demokratischen und antifaschistischen Kräften gefordert wurde. Jetzt sollen urplötzlich „neue“ Dokumente aufgetaucht sein, die Eger als Nazi entlarven. Die gab es aber massenhaft und eindeutig seit langem; offenbar ließ sich die naive Blauäugigkeit nicht länger aufrecht erhalten.

Dennoch: der Beschluß ist zu begrüßen. Am 8. Dezember wird der Verwaltungsrat der Uni über einen neuen Namen beraten. Es gibt bereits den Vorschlag, das Gebäude nach dem Gießener Prof. Helmut Ridder zu benennen, ein herausragender Wissenschaftler und engagierter Demokrat – ein guter Vorschlag. - Otto Eger ist übrigens nicht der einzige Faschist, dem in Gießen noch Ehren zuteil werden.

Erika Beltz

## Inhalt:

EU + USA i.d. Ukraine/Antikriegstag	S.2
Leere Wohnungen/gegen TTIP	S.3
Maulkorb verpaßt/Hartz IV	S.4
Mindestlohn/Veranstaltung zu NSU	S.5
Neues 'Sarajewo'/Lollar - Faschismus	S.6
US-Luftkrieg in Syrien/KP Schottlands	S.7
Termine/Reichspogromnacht	S.8

**Für Frieden und Sozialismus!**



# Ukraine – EU und USA setzen auf Militarisierung

In der Ukraine herrscht zwar noch kein Frieden, aber immerhin ein Waffenstillstand. Die Friedensnobelpreisträger Obama und EU haben keinen Anteil an der Aushandlung der Waffenruhe, im Gegenteil, sie gossen und gießen Öl ins Feuer. Die im Westen als Bösewicht hingestellte Regierung Russlands brachte das Putschregime in Kiew und die Verteidiger der russischsprachigen Regionen an den Verhandlungstisch. Bei ihrer Hetze gegen Russland und seinen Präsidenten Putin stellen die USA und die EU die Unterstützung Russlands für die Autonomiebestrebungen in Teilen der Ukraine als ein nie dagewesenes Verbrechen gegen das Völkerrecht dar. Dabei rechnen sie wohl mit einem sehr kurzen Gedächtnis der Menschen. Erst vor kurzem wurde mit Hilfe der USA und der EU im Südsudan ein neuer Staat vom Sudan abgespalten, was der dortigen Bevölkerung allerdings alles andere als Frieden gebracht hat. Bei der Zerschlagung Jugoslawiens vor etwa 20 Jahren waren USA und NATO stets auf Seiten der Separatisten und gaben

logistische und materielle Unterstützung bei Kriegen und ethnischen Säuberungen. Noch schlimmer war es bei der Abspaltung des Kosovo von Serbien. Obwohl die albanischsprachigen Bewohner dieser Provinz Serbiens alles hatten, was sich die Menschen in der Süd- und Ostukraine wünschen – föderative Strukturen und Selbstverwaltung, eigene Sprache als Amtssprache, eigene Schulen und Kultureinrichtungen – führte

und Granaten gegen Zivilbevölkerung und Infrastruktur. Trotzdem stellte die NATO der Regierung in Belgrad ein unannehmbares Ultimatum und begann dann einen brutalen Bombenkrieg gegen Serbien. Deren Verbündeter Russland setzte auf Verhandlungen und nicht auf Sanktionen und Säbelrasseln. Was geschähe heute, wenn sich die russische Regierung an „westlichen Werten“ orientieren würde? Bomben auf Kiew und die Westukraine, Stopp der Gaslieferungen an Westeuropa? 100 Jahre nach dem Beginn des 1. Weltkrieges setzen die imperialistischen USA und EU wieder auf militärische Stärke, Einkreisung und Bedrohung unbotmäßiger Staaten, Ausdehnung des Einfluszbereiches mit allen Mitteln. Die Mehrheit der Bevölkerung ist in vielen Ländern noch gegen diese Politik, auch wenn diese Haltung sich in den Massenmedien nicht wiederfindet. Noch ist es nicht zu spät, die weitere Militarisierung der Außenpolitik zu stoppen. Tun wir alle etwas dafür, daß sich der Wahnsinn von 1914 nicht wiederholt.  
Gernot Linhart



die separatistische UCK einen brutalen Sezessionskrieg. Die serbische Regierung kämpfte dagegen, anders als die Kiewer Junta gezielt gegen die UCK und nicht mit Bomben, Raketen

## Antikriegstag weichgespült

Zum Antikriegstag führte das Gießener Friedensnetzwerk eine Kundgebung auf dem Seltersweg durch. Dabei stand das Gedenken an die Jahrestage – 100 Jahre Beginn des 1. Weltkrieges, 75 Jahre Beginn des 2. Weltkrieges – im Mittelpunkt. Klaus Zecher, Kreisvorsitzender des DGB (rechts im Bild), warnte in seiner Rede vor neuen Kriegen und stellte fest, daß Deutschland seit Kriegsende die längste Friedensperiode in seiner Geschichte durchlebe. Wohl wahr, denn die Existenz der sozialistischen Staaten hatte jahrzehntelang große Kriege verhindert. Mit ihrer Niederlage war



dies vorbei; und es war eine SPD-Regierung, die den völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien begann – was Gerhard Schröder kürzlich auch offen eingestand. Umso erstaunlicher, daß auf dieser Kundgebung auch an den Jahrestag des „Mauerfalls“ erinnert wurde, mit dem doch die neuen Kriege eingeläutet und ermöglicht wurden... Das Gedenken an die Toten der Kriege bewirkt wenig, wenn nicht auch die Ursachen und Verantwortlichen benannt und Lehren für heute gezogen werden. Welche Funktion hat eine SPD-Veranstaltung am 1. September im DGB-



Die SDAJ auf der Kundgebung in Gießen Haus, auf der weder die Bewilligung der Kriegskredite 1914 durch die SPD, noch die grundgesetzwidrige Remilitarisierung der BRD 1956 mit den Stimmen der SPD, noch der Jugoslawienkrieg geschweige denn die aktive Beteiligung der derzeitigen CDU/SPD-Bundesregierung an der Kriegshetze gegen Rußland eine Rolle spielten? Dennoch: zur Erhaltung des Friedens wird jede Aktion gebraucht. Schade, daß die DKP keine eigene Veranstaltung auf die Beine gestellt hat und lediglich ihre Zeitung verteilt hat. M.B.





## Noch mehr teure Wohnungen für Gießen

Stolz präsentierte die Bürgermeisterin Weigel-Greilich in der Gießener Presse einen Baulückenschluß in der Innenstadt. Auf einer jetzt noch als Parkplatz genutzten Fläche in der Albert Schweitzer Straße sollen zwei Häuser mit 16 Wohnungen (70 bis 120 m<sup>2</sup>) entstehen.

Viele Gießener wird es aber nicht geben, die sich diese Wohnungen leisten können. Bei der genannten

Investition von 7 Millionen Euro sind das durchschnittlich fast 450 000 Euro pro Wohnung. Vor kurzem hieß es im Gießener Echo „Wohnungen nur noch für Reiche?“.

Dieses Bauvorhaben bestätigt die Berechtigung dieser Frage. Wenn der Wohnungsbau privaten Investoren überlassen wird, werden Menschen mit kleinem Einkommen immer weiter an den Rand gedrängt. G. Linhart

## Leerstand trotz Wohnungsmangel

In Gießen herrscht Mangel an bezahlbarem Wohnraum. 1300 Bewerber stehen auf den Wartelisten der Wohnbau, Flüchtlinge werden in Zelten untergebracht. Trotzdem kann



man überall in der Stadt leer stehende Häuser entdecken. In einer ehemaligen US-Siedlung rotet seit Jahren ein Haus vor sich hin. Nur wenige Meter von einem Spielplatz entfernt liegen Scherben von eingeschlagenen Scheiben und Lampen herum. Nach Auskunft von Anwohnern wurde das Haus von der Wohnbau Genossenschaft zur Hälfte an die Lebenshilfe, zur anderen Hälfte an einen privaten Investor verkauft, anscheinend ohne Auflage zur baldigen Instandsetzung und Nutzung. Für die vielen dortigen



Familien mit Kindern ist ein verfallendes Gebäude in der Nachbarschaft alles andere als schön. Einen traurigen Anblick bietet auch die benachbarte ehemalige Sporthalle der US-Schule, die eine Zeit lang von der Lebenshilfe genutzt wurde. G.L.

(Fortsetzung von Seite 1)

### LaGa-Fiasko

Schulden dann doch von den zustimmenden Abgeordneten selbst getragen werden sollen (Michael Beltz) wurde ebenso abgelehnt wie der des Linken Bündnisses (Michael Janitzky) auf Überprüfung der Ausstiegsmöglichkeiten und zu den Baumfällungen. Hier waren sich SPD und Grüne nicht zu schade, durch Taktieren die Sitzungsdauer so auszudehnen, daß die Anträge nicht mehr behandelt werden konnten.

Im Oktober 2011 fanden die ersten Aktionen gegen die Baumfällungen statt und im November trafen sich die Aktivisten, aus denen die BI „Stopp diese Landesgartenschau“ hervorging, in der Kongreßhalle. Mit zwei Bürgerbegehren und Tausenden Unterschriften hat sie versucht, das Schlimmste zu verhüten und bis heute kontinuierlich aufgeklärt.

Dieser Raubbau an der Natur und Verschwendung öffentlicher Gelder, vor dem vorausschauende Menschen gewarnt haben, muß genau untersucht und geahndet werden! Gut, daß es die BI noch gibt. Martina Lennartz

## TTIP – EU-Kommission will Bürgerinitiative verhindern

230 Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen aus 21 EU-Ländern haben sich zu einer Bürgerinitiative zusammengeschlossen, um auf die Verhandlungen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) Einfluß zu nehmen. Die EU-Kommission hat die Registrierung der Initiative abgelehnt mit der Begründung, die Verhandlungen seien kein Rechtsakt. Das Abkommen wird die EU und alle EU-Staaten dazu zwingen, ihre Gesetze und alle künftigen Regelungen an den Text des Abkommens anzupassen – wenn das kein Rechtsakt ist! Das Abkommen wird geheim verhandelt, jede Einflußnahme der Bürger soll verhindert werden. Da können wir nur sagen: Das lassen wir uns nicht gefallen! Jetzt erst recht – das TTIP muß verhindert werden. Zum 11. Oktober haben die Organisationen der Initiative und viele andere, darunter auch die DKP, zu dezentralen Protesten gegen die Bürgerinitiative und gegen das geplante Abkommen aufgerufen. Wir machen mit! Gernot Linhart

## Geht doch!

Der Rübsamen-Steg ohne Wegweiser, darüber berichtete das Gießener Echo in der Juli-Ausgabe. Pünktlich zum Ende der Radfahrersaison wurden seitens der Stadt endlich die von uns geforderten Hinweisschilder angebracht. (Foto). Über die Entfernungangaben schweigen wir lieber; der ortskundige Leser wird darüber müde lächeln. H. Appel



# Gericht verpaßt Maulkorb gegen Kritik an Mißständen

Daß im Pflegebereich ein Notstand herrscht und die – meist schlecht bezahlten – Pflegekräfte überlastet sind, ist seit Jahren eine Tatsache. Daß man darauf nicht öffentlich hinweisen darf, ist neu.

Der Fall: in der Nähe eines Pflegedienstbetriebes im südöstlichen Kreis Gießen wurde im vergangenen Herbst mit einem selbst gefertigten Plakat eines mutigen Einzelkämpfers gegen die dortigen Arbeitsbedingungen protestiert:

In knappem Reim hatte er das Wohlbefinden der Leitung im Gegensatz zum rackern Personal gegenübergestellt.

Dagegen beantragte die Geschäftsführerin eine einstweilige Verfügung zur Unterlassung.

Die wurde im Dezember mit einer ausführlichen Begründung von Richter Dr. Ham abgewiesen: das Plakat beinhalte weder eine formale Beleidigung

noch sei es eine Schmähkritik. Vor allem aber habe das Recht auf Meinungsfreiheit Vorrang vor dem Persönlichkeitsschutz.

Damit gab sich die Klägerin nicht zufrieden, und das Oberlandesgericht gab daraufhin ihrer Klage statt - in einem Verfahren, an dem der Beklagte aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen konnte! So kam es am 26. August zu einem Güetermin am Gießener Landgericht.

Richter Dr. Nierwetberg, dem keine – wie er es nannte: „charmante“ - Einigung gelang, urteilte im Sinne der Anklage und erließ die einstweilige Verfügung. Dies tat er, ohne die auch aktenkundigen Anlässe, die zu der Aktion geführt haben, in irgendeiner Form zu berücksichtigen. Zwar gestand er ein, daß es sich um einen „Grenzfall“ handele. Er bestand aber – in vollkommenem Widerspruch zu ersten Urteil - darauf, daß die Aktion

nicht durch das Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt sei, und stellte die „Prangerwirkung“ in den Mittelpunkt.

Eine solche pauschale Ver-Urteilung, die Kritik an Arbeitsbedingungen untersagt, mißachtet in eklatanter Weise das in der Verfassung garantierte Grundrecht. Damit verbunden ist eine Einschüchterung aller abhängig Beschäftigten, die gefälligst den Mund halten und sich nicht wehren sollen. Dies ist ganz im Sinne der Herrschenden, die mit der Keule drohender Arbeitslosigkeit ihre asoziale Politik durchsetzen. Notwendig ist aber eine möglichst gemeinsame Gegenwehr, wobei jeder Mißstand, jede Ungerechtigkeit benannt und an den Pranger gestellt werden sollte. Das letzte Wort ist jedoch noch nicht gesprochen; der Demonstrant will weiter für sein Recht kämpfen.

Erika Beltz

## Erfolgreiche Veranstaltung zu Job-Centern und Hartz IV

Inge Hannemann, auf dem Foto in der Mitte, berichtete als gemäßregelte Mitarbeiterin des Hamburger Jobcenters über ihre Erfahrungen. Eingeladen hatten die Gießener Montagsdemonstranten und das Aktionsbündnis Sozialproteste – mit Unterstützung des DGB – am 19. September ins Gewerkschaftshaus. Der Dachsaal war brechend voll und das Interesse groß. Inge Hannemann hatte sich nicht nur geweigert, Hartz-IV-Sanktionen zu verhängen, sondern



kritisiert auch scharf die geplanten „Reformen“, die wesentliche Verschlechterungen vorsehen (mehr darüber im nächsten Echo). Vor allem beantwortete sie die zahlreichen Fragen und gab wichtige Tipps und Informationen. Z. B. ist niemand gezwungen, die sog. „Eingliederungsvereinbarung“ zu unterschreiben und darf deswegen auch nicht sanktioniert werden (obwohl dies angedroht wird). Es lag wohl in der Natur der Sache, daß diese konkreten Details im Mittelpunkt der Veranstaltung standen. Über die darüber hinaus gehende Forderung, daß Hartz IV weg muß, dürfte jedoch Einigkeit bestehen. Links auf dem Foto: Edgar Schu vom Göttinger Aktionsbündnis, rechts Ulf Immelt, DGB

**Widerstand gegen Hartz IV**  
montags 18 - 19 Uhr,  
beiden 3 Schwätzern



Die Tageszeitung  
**jungeWelt**  
drei Wochen  
probelesen!  
www.jungewelt.de/testabo  
Abotelefon: 0 30/53 63 55 50  
Das Probeabo ist kostenlos und endet automatisch.



# Mindestlohn geht anders! - Jugendliche gehen leer aus

Im Juli dieses Jahres hat die Bundesregierung nun also den Mindestlohn beschlossen, dieser soll aber erst ab dem ersten Januar 2015 in ganz Deutschland in Kraft treten.

Stolz verkündete Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles: „Es ist nicht übertrieben, zu behaupten: Wir setzen heute einen Meilenstein in der Arbeits- und Sozialpolitik der Bundesrepublik Deutschland“.

Dass es sich bei diesem „Meilenstein“ lediglich um eine sozialpolitische Reform handelt, die uns vorgaukeln soll, dass es hier für alle ein Stück von dem Kuchen gäbe, spielt in der öffentlichen Debatte keine Rolle. Vielmehr widmet man sich den Interessen der deutschen Wirtschaft: *Wer das denn alles bezahlen sollte?*, tönte es aus den Reihen der Arbeitgeberverbände und der konservativen Presse. Doch keine Sorge. Um die Kosten für die Unternehmer möglichst klein zu halten, hat die Bundesregierung wieder ihr Erfolgsrezept parat: nämlich die Umlegung der Kosten auf die Leute, die arbeiten gehen oder lernen um arbeiten zu gehen.

So liegt der kommende Mindestlohn nur bei 8,50 Euro und enthält allerlei Ausnahmen. Wenn du zum Beispiel als Schüler einen Nebenjob machst und noch keine achtzehn Jahre alt bist, oder du nach dem Studium oder der Ausbildung ein Praktikum machen musst, weil du keine Stelle gefunden hast, dann bekommst du keinen Mindestlohn. Selbst diejeni-



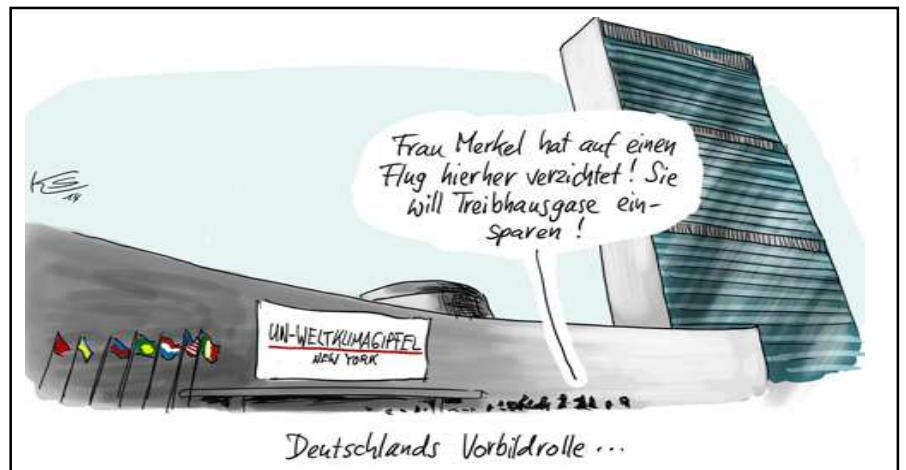
e-mail: [sdaj-giessenmarburg@gmx.de](mailto:sdaj-giessenmarburg@gmx.de), web: <http://comandante.twoday.net/>

gen, die einen Mindestlohn bekommen, haben keinen wirklichen Grund sich zu freuen, denn selbst mit einer 38,5 Stundenwoche liegt man noch 23 Euro unterhalb der staatlichen Unterstützung. Auch ein Aufstocken auf Hartz-IV-Niveau bedeutet aber keine Existenzsicherung. 4,52 Euro pro Tag für Essen & Trinken bedeutet Mangelernährung. 65 Cent für öffentliche Verkehrsmittel und 26 Cent für Café-

besuche bedeuten gesellschaftliche Isolation.

Wir meinen: Wir müssen uns gemeinsam für einen Mindestlohn von 12 Euro einsetzen, der ausnahmslos für alle und jeden gilt! Wir wollen eine Gesellschaft, in der nicht für die Profite und das Privatvergnügen von Unternehmen produziert wird, sondern für ein schönes Leben für alle!

SDAJ Giessen-Marburg



## Der nationalsozialistische Untergrund – tote Spitzel, verschwundene Beweise und das Märchen vom staatlichen Versagen



Wolf Wetzel: Der NSU-VS-Komplex. Wo beginnt der Nationalsozialistische Untergrund – wo hört der Staat auf? « Unrast Verlag, 180 S., 14 Euro

Unter diesem Titel führte die VVN Giessen, unterstützt von DKP, SDAJ und Roter Hilfe Giessen, eine gutbesuchte Veranstaltung mit dem Autor Wolf Wetzel durch. Der Referent (rechts) berichtete über die Ungeheimheiten der staatlichen Ermittlungsarbeit. Mit eigenen Recherchen wies er nach, daß die angeblichen Pannen nicht Ausdruck von Inkompetenz sind, sondern gewollte Unterstützung rechter Bewegungen. Geheimdienste sind nicht reformierbar, sondern gehören abgeschafft – das war das Resümee der Ausführungen und der anschließenden Diskussion. (links: Henning Mächerle)



# Das neue „Sarajewo“

Der Ukraine-Konflikt könnte zu einem neuen Sarajewo eskalieren, fürchtet der gar nicht ängstliche, auch nicht linke, soeben verstorbene Journalist Peter Scholl-Latour in seinem letzten Buch („Der Fluch der bösen Tat“). Die Ermordung des österreichischen Erzherzogs samt Gattin gab bekanntlich den Anlass zum ersten Weltkrieg. Die Schuld des Westens sieht Scholl-Latour darin, dass nach Auflösung des Warschauer Paktes die Nato grundlos eine Politik des Einkreisens Russlands (zu Sowjetzeiten „containment“ genannt) begann, die nun mit Einverleibung der Ukraine zum kalten oder gar heißen Krieg zu werden droht. Die Sowjetunion implodierte, aber die imperialistischen Staaten des Westens verfolgen weiter die alte verlogene Politik gegenüber Russland. Schon in den Fünfzigern wollte uns die CDU weismachen, es bestünde die Gefahr, dass die Kosaken alsbald ihre Pferde im Rhein tränken würden. Und so gleicht die heutige Politik der von Adenauer propagierten. Sein Staatssekretär Walter Hallstein, nach dem die Doktrin der Nichtanerkennung der DDR benannt ist, sagte 1952: „Die Etappen des einzuschlagenden Weges: Die Eingliederung der Bundesrepublik in den Westen, das Ende der deutschen Spaltung, der Zusammenschluss des freien westlichen mit dem vom Bolschewismus befreiten östlichen

Europa – bis zum Ural.“ Der Fahrplan wurde und wird konsequent eingehalten.

In Moskau regieren schon lange keine Bolschewisten mehr, aber die bürgerlichen Politiker und Medien bei uns betätigen sich weiter als Kriegstreiber. Die Rüstung wird in die Höhe getrieben, eine neue Eingreiftruppe wird gebildet und Raketen, die in Polen und Rumänien angeblich gegen den Iran gerichtet sind, lassen sich bekanntlich leicht gegen Russland drehen. Man kann sich über die Leichtgläubigkeit vieler Menschen bei uns nur wundern. Ist es vergessen, dass die USA 1953 den demokratisch gewählten Premierminister Mossadegh weggeputscht haben, 1964 beim Überfall auf Vietnam einen Zwischenfall in der Tongkingbucht inszeniert haben, 1973 den chilenischen Präsidenten Salvador Allende ermorden ließen, George W. Bush 2005 den Überfall auf den Irak mit der Lüge begründete, Bagdad verfüge über Massenvernichtungswaffen? Und, nebenbei, wo ist die „Freiheitskämpferin“ Timoschenko geblieben, die „acht Millionen Russen auf dem Territorium der Ukraine mit Atomwaffen erschiesesen“ wollte? Na ja, wenn jemand zu peinlich wird, zieht man ihn aus dem Verkehr. Stimmen der Vernunft verhalten weitgehend ungehört. Albrecht Müller, einst enger Mitarbeiter von Willy Brandt,



Plakat Anfang der 50er Jahre

schrrieb in der Gewerkschaftszeitung von ver.di „publik“: „Versprochen hatten wir 1990 beim Ende der Konfrontation zwischen Ost und West, dass die Nato nicht über Deutschland hinaus ausgedehnt wird.“ 20 Jahre später heiße es nun: „Wir müssen die Europäische Union erweitern bis an die Grenzen Russlands, überall.“ Müller endet seinen Artikel: „Wie viele Menschen will ich verdrängen, dass es krachen könnte und ich noch einmal erleben muss, was ich als Kind erlebt habe.“ Gerade so empfinde ich auch. „Der Wahnsinn darf nit die Welt regieren!“ riefen schon um 1500 die aufständischen Bauern ihren Herrschenden zu. Es ist 5 vor 12. Klaus Mewes

## Lollar: Faschistische Verbrechen endlich aufarbeiten

Am 22.9. war es genau 70 Jahre her, daß der italienische Kriegsgefangene Carlo Rota in Lollar wegen eines Kartoffeldiebstahls von dem ehemaligen SA-Truppführer T.B. aus Lollar getötet wurde. Der Prozess gegen ihn wegen „fahrlässiger Tötung“ (?) wurde wegen Verjährung eingestellt. Möglicherweise handelte es sich bei diesem Opfer der faschistischen Gewalt um einen Insassen des von den Buderuswerken betriebenen Kriegsgefangenenlagers in unmittelbarer Nähe zum Werk. Diese Gefangenen dienten als menschliche Schutzschilde, damit die Alliierten nicht das Werk bombardierten, in dem für den

Krieg produziert wurde. Das Lager bestand von 1943 bis 1945 für ausländische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen. Bis zu 800 Menschen – hauptsächlich Gefangene aus der Sowjeunion (darunter viele Frauen) sowie Franzosen – waren in dem Lager untergebracht, in dem äußerst schlechte Lebensbedingungen geherrscht haben sollen.

Der Bosch-Konzern, zu dem Buderus heute gehört, täte gut daran, die Aufarbeitung dieser schrecklichen Vergangenheit des Werkes gemeinsam mit der IG-Metall und dem Betriebsrat endlich vorzunehmen.

H.R.



**UZ** unsere zeit  
Sozialistische Wochenzeitung

Woche für Woche  
Antikriegszeitung

Wochenzeitung der DKP

10 Wochen kostenlos testen  
CompressVerlag, Hoffnungs-  
Str. 18, 45127 Essen



# Protest gegen US-Luftkrieg in Syrien

## Friedensratschlag: "flagranter Bruch des Völkerrechts"

### Pressemitteilung des Bundesausschusses Friedensratschlag

Die massiven US-amerikanischen Luftschläge mit diversen Tarnkappenbomben, Kampfdrohnen und bisher 47 Marschflugkörpern auf Orte in den nördlichen und östlichen syrischen Provinzen stellen einen flagranten Bruch des Völkerrechts dar.

Denn weder sind die USA noch einer der mit ihnen verbündeten Staaten Saudi-Arabien, Katar, Jordanien, Bahrain oder die Emirate angegriffen worden (was einen Akt der Selbstverteidigung begründen würde), noch liegt eine diesbezügliche Resolution des UN-Sicherheitsrats oder eine Erlaubnis der syrischen Regierung in Damaskus vor.

Die US-Regierung zerstört bewusst die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene internationale Ordnung, wie sie durch die UN-Charta festgelegt ist.

Dies zum wiederholten Mal – nach Jugoslawien 1999, dem Irak 2003 und Libyen 2011. Augenscheinlich soll hier ein weiterer Präzedenzfall geschaffen werden, wonach Kriege aus angeblich humanitären Gründen erlaubt seien – ohne ein Mandat des dafür zuständigen Weltgremiums zuvor einzuholen...

Deutlich scheint uns die Strategie des US-amerikanischen Vorgehens.

Gleichzeitig mit ihren massiven Luftangriffen verstärken die USA die Ausrüstung prowestlicher Anti-Assad-Kräfte. Damit wird der Weg in einen verstärkten syrischen Bürgerkrieg beschritten.

Sind die fanatisierten sunnitischen Milizen („Islamischer Staat“, Al-Nusra-Front, Korashan usw.) eines Tages geschwächt, sollen offenbar die Bodentruppen der prowestlichen Anti-Assad-Kräfte das gewonnene Territorium sichern und entweder Syrien teilen oder auch noch Damaskus angreifen...

Wir fordern die Bundesregierung auf, den US-Angriff auf Syrien als völkerrechtswidrig zu verurteilen und jegliche Unterstützung mit Waffen und Logistik einzustellen.

Die bedrohten Kurden in den nordsyrischen Gebieten benötigen humanitäre Hilfe, insbesondere muss den Flüchtlingen geholfen werden.

Die Bundesregierung muss alles unternehmen, um den illegalen Waffen- und Geldfluss aus Saudi-Arabien, Katar und Türkei an die ISIS-Dschihadisten zu unterbinden.

Ein erster Schritt dazu wäre der Stopp aller Waffenexporte an diese Länder...

(gekürzt, vollständiger Text s.u.)

<http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Syrien1/us-angriff.html>

## Schottische KP zum Ausgang des Referendums

Die schottischen Kommunisten hatten zum Nein aufgerufen

Die schottischen Wähler haben ihr Recht auf Selbstbestimmung ausgeübt. Indem sie dies getan haben, haben sie entschieden, Teil von Britannien zu bleiben, und ein Verständnis bekräftigt, dass Einheit auf dieser Ebene entscheidend ist für den Kampf um soziale und ökonomische Gerechtigkeit und gegen die Tory-Attacken, die alle Menschen Britanniens betreffen.

Trotzdem gab es sehr starke Unterstützung für die Ja-Stimme in den Gebieten der größten Armut und Erwerbslosigkeit. In Glasgow, Dundee, North Lanarkshire und West Dunbartonshire, traditionell Labour unterstützende Gebiete, hatte das Ja die Mehrheit...

Die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung muss nun ihren Willen zeigen, an der Basis Massenkampagnen zu entwickeln. Die Volksversammlung muss eine Massenbewegung werden – sie muss die Forderung nach Beseitigung der Trident (britische Atomraketen) erheben. Das wird der einzige Weg sein, um die Tories und ihre Verbündeten bei den Wahlen 2015 zu besiegen und den Anteil der Stimmen für rechte und rechtsextreme Parteien zu minimieren. Es wird auch der einzige Weg sein, um die Spaltungen des Referendums zu heilen und eine erneuerte Einheit zu gewinnen...

vollständiger Text: <http://news.dkp.de/2014/09/erklaerung-der-schottischen-kp-zum-ausgang-des-referendums/>

# Leserbriefe

Forscher haben die Quelle für die Ebola-Epidemie gefunden: Armut und Unterentwicklung treiben die Menschen in Westafrika immer tiefer in die Wälder hinein. Dort infizieren sie sich bei Wildtieren mit gefährlichen Viren - wie bei der aktuellen Ebola-Epidemie. (In diesem Falle durch "Flughunde"). Der Imperialismus tötet also, aber keine Naturkatastrophe. Obama und Merkel sind Heuchler. Spart an der Rüstung und nicht an der Entwicklungshilfe! Uwe Moldenhauer



Cuba schickt 165 Helfer. Zum Kampf gegen die verheerende Virus-Epidemie Ebola sendet Cuba 165 Ärzte und andere medizinische Helfer nach Westafrika. Es ist das bisher größte Kontingent an Spezialisten für die betroffene Region. WHO-Chefin M. Chan äußerte die Hoffnung, dass weitere Länder folgen würden, die mehr als dringend gebraucht werden. (Quelle: dpa 12.9.)

Falk Moldenhauer

**Redaktionsschluß für November-Echo: Mi., 29.10.2014**

## Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto: Nr.193070 Sparkasse Gießen, BLZ 51350025 bzw. IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: [dkp@dkp-giessen.de](mailto:dkp@dkp-giessen.de). Im Internet: [www.dkp-giessen.de](http://www.dkp-giessen.de)

Ich möchte:

das Gießener Echo abonnieren

das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name: .....

Adresse: .....

.....  
.....

e-mail: .....

# Ursachen der Eskalation in der Ukraine

## Diskussionsveranstaltung der DKP

Mittwoch, 8. Oktober, 19.30 Uhr, Versailles-Zimmer der Kongreßhalle

**Referent: Klaus Hartmann,**

Vorsitzender des Deutschen Freidenkerverbandes

---

## MARBURG

Am Mittwoch, 29. Oktober 2014, 19:30 Uhr,  
spricht

**Dr. Gert Meyer**

im DGB-Haus, Bahnhofstraße 6, Käte-Dinnebier-Saal, über das Thema:

## Die gegenwärtige Lage Russlands und seine Außenpolitik

---

## Offensiv Autonom Militant – wie die Antifa entstand

am Dienstag, 07.10.2014, im Vortragsraum der Kongreßhalle, um 20 Uhr

Referent:

**Bernd Langer**

Diskussionsveranstaltung zur Geschichte der Antifa von 1945 bis heute. Der Schwerpunkt ist die Zeit ab 1945, besonders ab den 1970er Jahren. Diese Entwicklung wird in den historischen Kontext der Klassenkämpfe der 1920er und 1930er Jahre, die Entstehung der Antifaschistischen Aktion und des antifaschistischen Widerstands gegen den Faschismus gesetzt. Die zentrale Frage wird sein, was sind aus der Geschichte der Antifa für Schlussfolgerungen, für uns heute zu ziehen.

Veranstalter sind die Rote Hilfe Gießen und die VVN/BdA Gießen

Unterstützer sind die DKP Gießen und die SDAJ Gießen – Marburg

---

## Reichspogromnacht - Krise des Antifaschismus – Krise der Linken

In den über 30 Jahren, in denen in Gießen der Mahngang zum 9. November stattfindet, gab es immer wieder Auseinandersetzungen um dessen politische und ideologische Ausrichtung. Soll der 9. November allein an die jüdischen Opfer der Reichspogromnacht erinnern, oder sind diese Novembertage Ausdruck des sich planmäßig steigenden faschistischen Terrors und dessen Klassencharakters.

Diese oft heftig ausgetragene Kontroverse wurde auch in der Wortwahl der Protagonisten deutlich. Der marxistischen Faschismus-Definition stand der Begriff Nationalsozialismus aus der Totalitarismus-Theorie gegenüber. Besonders nach der historischen Niederlage 1989 geriet die marxistische Faschismusanalyse zusehend unter Druck. Die DDR und das faschistische Deutschland wurden der Totalitarismus-Theorie entsprechend auf eine Ebene gestellt und in eins gesetzt. Trotz alledem gelang es in den

Jahren nach 1989 die Ausrichtung des 9. November an dem antifaschistischen Minimalkonsens, „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ zu orientieren und stets aktuelle Entwicklungen zu thematisieren.

Dies änderte sich grundsätzlich seit dem 11. September 2001 mit dem Auftauchen einer politischen Strömung, der sogenannten „Antideutschen“. Zum einen war sie eine Radikalisierung der antinationalen Strömung innerhalb der Linken in den 1990er Jahren, andererseits übernahm sie das Totalitarismus Konzept der „antifaschistischen Lichterketten“.

Diese Entwicklung führt in der Linken zu enormen Widersprüchen und Spaltungen. Diesmal kamen die Angriffe nicht von außen, sondern brachen innerhalb der linken Gruppen und Strukturen aus. Subjektiv Linke, sind die „Antideutschen“ von ihren ideologischen Ansätzen her Rechte.

Die bedingungslose Unterstützung der imperialistischen Kriegspolitik der

## Vormerken

## "Antifa heißt Luftangriff"

## Diskussionsveranstaltung der DKP mit Jürgen Lloyd,

Leiter der Karl-Liebknecht-Schule der DKP in Essen

am **Mittwoch, dem 12. November, um 19.30 Uhr, im Versailles-Zimmer der Kongreßhalle**

---

## Weitere DKP-Termine Mitgliederversammlung

am Donnerstag, d. 16. Oktober um 19.30 Uhr im Winchester-Zimmer der Kongreßhalle.

## Info-Stände:

am Samstag, 11. Oktober und Samstag, 8. November, jeweils ab 10.30 Uhr im Seltersweg 15 vor BIBA.



[news.dkp.de](http://news.dkp.de) / [dkp-giessen.de](http://dkp-giessen.de)